

Deutschland hat gewählt !

Deutschland hat gewählt. Leider haben wir - DIE LINKE - nur mit viel Glück die Ziellinie erreicht und sind wieder in den Deutschen Bundestag eingezogen - wenn auch mit stark verkleinerter Mannschaft. Was wird uns erwarten?

Das Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP hat eine zentrale Botschaft: Die Absage an die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich wird nicht angetastet. Die Politik der Ampelkoalition bedeutet im sozialen Bereich vor allem ein „Weiter so“, bleibt in der Klimapolitik weit hinter den Notwendigkeiten zurück und verfestigt die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich.

Was alles nicht vorgesehen ist:

Keine Vermögensteuer, keine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, keine Erhöhung / Überwindung von Hartz IV, keine Abschaffung der 2-Klassen-Medizin, keine Abschaffung der Fallpauschalen, kein Mietenstopp oder Regulierung der Mieten, keine Überführung von Mini- und Midijobs in sozial abgesicherte Beschäftigung, keine Erhöhung der Rente, kein früheres Renteneintrittsalter, kein Plan für eine lebenswerte Zukunft im Osten, keine Stärkung von Bahn und ÖPNV, kein Tempolimit, keine Abrüstung oder Rüstungsexportkontrolle.

Was vorgesehen und gut ist:

Den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben. Das Familien- und Abstammungsrecht und das Transsexuellengesetz sollen überarbeitet werden. (Arbeits-)Migration soll erleichtert werden.

Was vorgesehen ist und schlecht ist:

Einen Teil der gesetzlichen Rente soll über den Aktienmarkt finanziert werden (10 Mrd. Euro). Das bläst die Finanzmärkte auf und verschärft potenziell globale Ungerechtigkeiten. Der Europäische Stabilitätspakt soll weiter gelten. Das zwingt die europäischen Länder – auch Deutschland – dazu, die Corona-Kredite durch Sozialabbau und Austerität auszugleichen. Die Höchstarbeitszeit soll überschritten werden können. Das bedeutet Belastung und Gesundheitsrisiken für die Beschäftigten.

Was angesprochen ist, aber ganz unklar bleibt:

Das 1,5 Grad Ziel soll eingehalten werden, aber es gibt keinen Pfad dahin. Der Kohleausstieg solle „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden. Einen Pfad dahin gibt es nicht. Die Tarifbindung soll verbessert werden, aber es gibt keinen Pfad dahin. Eine Offensive für mehr Pflegepersonal und angemessene Löhne soll es geben, aber es gibt keinen Pfad dahin.

DIE LINKE macht Druck! Wir zeigen die Leerstellen, wir streiten für gute Alternativen und begleiten die Koalition (wenn sie denn kommt) sehr kritisch!

Aus den Nachbarlandkreisen geklaut:

Die Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)

ist ein wichtiges Instrument im Münchner Wohnungsbau.

*Sie wird bei allen Bebauungsplänen angewendet, die Kosten und Lasten auslösen und zu einer deutlichen Bodenwertsteigerung für die planungsbegünstigten Eigentümer*innen führen.*

Nach der Gemeinde Kochel hat nun auch die Gemeinde Schlehdorf das Thema einer Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) aufgegriffen.

Befürworter sind der Auffassung, wer heute noch eine Bodenwertsteigerung schafft ohne SoBoN, der begehe „Untreue gegen das Gemeinwohl“.

Es geht um die Kosten- und Lastenaufteilung für Eigentümer und Kommune, wenn Grünland zu Bauland wird.

Im Gespräch ist, dass Grundeigentümer bei einer Ausweisung als Bauland 50 Prozent der Fläche vergünstigt der Gemeinde zur Verfügung stellen müssen.

Auch der Bichler Gemeinderat beschloss mehrheitlich den von der Gemeinde eingeforderten Infrastruktur - Ausgleich, wenn neues Bauland ausgewiesen wird, auf 40 Prozent des jeweiligen Grundstücks festzulegen.